

NZ POLITIK Fr 08.12.2006:

Christian Schmidt contra Andreas Zumach - Militärpräsenz alleine reicht nicht

Von Sebastian Linstädt, NZ

NÜRNBERG - Das Bildungszentrum hatte zum Streitgespräch geladen, doch gestritten wurde am Mittwochabend im Fabersaal überraschend wenig. Wer hätte gedacht, dass der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt (CSU) und der Journalist und Publizist Andreas Zumach, ehemaliger Sprecher der Friedensbewegung, überhaupt zu gemeinsamen Positionen im Themenkomplex ?Auslandseinsätze der Bundeswehr? finden würden?

Während Zumach ausdrücklich Auslandseinsätze der Bundeswehr im Falle von krassen Völkerrechtsverletzungen im Ausland befürwortete, überraschte Schmidt das Auditorium mit offenen Worten über die teilweise schwierige Abstimmung von Auslandseinsätzen mit den Partnerländern.

Verkehrte Welt? Nein, eine veränderte Welt ist es, die die ehemals klar gezogenen Grenzen ?pro und contra? deutsches Militär im Ausland durchlässig werden lässt.

Offensichtlich amüsiert gab Schmidt die Anekdote zum Besten, unlängst von der Grünenchefin Claudia Roth persönlich vor Aktivisten der Friedensbewegung in Schutz genommen worden zu sein. Zumach entgegnet, mit eben jener Claudia Roth habe er noch ein Hühnchen zu rupfen wegen des völkerrechtswidrigen Bombardements im Kosovo im Mai 1999.

Endlich doch ein wenig Streit. Zum Thema Kosovo haben der Jurist Schmidt, der den Angriff durch die damaligen Gesetze gerechtfertigt sieht, und der Publizist Zumach, der diese Legitimation in Abrede stellt, selbstverständlich verschiedene Positionen.

Und nicht nur hier, auch in einer grundsätzlichen Frage kommt man natürlich nicht überein: Während Schmidt in der veränderten Welt seit dem Ende des Kalten Krieges für eine Umgestaltung der Bundeswehr ist, die es ihr ermöglichen soll, künftig in aller Welt in angemessener Weise zur Stabilisierung der Demokratie beizutragen, sieht Zumach eben dieselbe Aufgabe nicht beim Militär. Ihm wären zivile Elemente lieber, wie ein 5000 Mann starker Kader aus Verwaltungsleuten, Juristen und mehrsprachigen Polizisten, der in Krisenregionen auf Geheiß der Uno eingesetzt werden könnte.

?Da sind wir personell zu schwach aufgestellt?, sagt Schmidt. Und meint zwar wieder die Bundeswehr, im Kern der Sache aber doch dasselbe: Friedenserhaltende und demokratiefördernde Maßnahmen im Ausland zu unterstützen, wird im 21. Jahrhundert zu den deutschen Aufgaben gehören. Die Frage ist nur, ob die deutschen Helfer dort in Uniform auftreten werden - oder in Zivil.

Christian Schmidt verwies auf die Ergebnisse der Baker-Kommission in Amerika und erklärte, dass Militärpräsenz alleine natürlich nicht ausreichen werde, um künftig ein Land zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang plädierte er dafür, die Bundeswehr nicht länger als Ultima Ratio im Sinne clausewitzscher Militärdoktrin anzusehen, sondern als ein Element von vielen im Instrumentarium moderner Politik.  
(Nürnberger Zeitung 8.12.2006)